

## Rede zum Jahresempfang des VdK NRW am 6. März 2025

Liebe Gäste, liebe Vdk'ler

Auch ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserem traditionellen Jahresempfang, erstmals nicht im Januar. Als wir den Zeitpunkt festgelegt hatten und auch das Thema Schuldenbremse zum Hauptthema wählten, konnten wir nicht ahnen, dass eine Bundestagswahl stattgefunden hat, eine Zeitenwende weltpolitisch -Stichwort USA - eingetreten ist und wie aktuell das Thema ist.

Die Schlagzeilen zum Thema Schuldenbremse und Sondervermögen überschlagen ja sich in den letzten Tagen. Nach oben scheint es ja offenbar keine Grenzen mehr zu geben. Was stand eigentlich noch auf den Wahlplakaten?

Und ich konnte nicht ahnen, dass anstatt Horst Vöge ich heute an diesem Rednerpult stehe. Horst Vöge braucht noch etwas Ruhe aufgrund eines Krankenhausaufenthalts. Es geht ihm allerdings schon viel besser und er lässt sie alle von mir auch sehr herzlich grüßen.

Lieber Herr Professor Südekum, wir beide haben heute eine Arbeitsteilung.

Ich nenne in meinem Beitrag diverse Milliarden Beiträge, die künftig aufzubringen sind, im sozialen Bereich aber auch in der Verteidigung des Landes.. Und sie erklären uns von Seiten der Wissenschaft, ob und wie dies gelingen kann mit oder ohne Schuldenbremse oder ob die sozialen Fragen bei diesem Ringen um die Milliarden überhaupt eine Rolle spielen.

Meine Damen und Herren,

Als bekennender Rheinländer und Freund des Karnevals weiß ich schon immer, was Aschermittwoch bedeutet:

„ am Aschermittwoch ist alles vorbei, die Schwüre von Treue, sie brechen entzwei. Es ist alles vorbei.“

Alles vorbei, war es auch für manche Parteien und viele Politiker schon letzte Woche:

Scholz, Habeck, Lindner, alles vorbei.

Können Sie sich noch erinnern an die endlosen nächtlichen Koalitionsgespräche der Ampel: die drei dann am Morgen verkünden völlig übernächtigt irgendwelche Ergebnisse, die dann oft von den Parteien am nächsten Tag schon infrage gestellt wurden. Ein Eindruck von Zank und Gezeter.

Das konnte bei den Wahlen nicht gut gehen, eklatante Führungsschwäche, gepaart mit arroganter Belehrung der Menschen, ich nenne nur ein Beispiel: Heizungsgesetz. Und jetzt, alles vorbei.

Eine staatstragende Partei wie die FDP, die zwei populäre Bundespräsidenten und einen formidablen Außenminister gestellt hat, jetzt im politischen Aus. Die Fraktion wird nun liquidiert, also abgewickelt, eine politische Insolvenz.

Natürlich, diese Regierung hatte es schwer. Infolge des Ukraine – Krieges, hatte auch einige Erfolge, aber die wurden mehr oder minder zerredet.

Die drei Ampel Parteien haben insgesamt 20 % ihrer Wähler verloren, die Union – kann ja auch nicht zufrieden sein – hat nur 4 % hinzu gewonnen.

Es hat eine Erosion der politischen Mitte stattgefunden. In 50 von 299 Wahlkreisen haben diese drei Parteien, SPD, Grüne plus FDP, aber auch CDU dazu gerechnet

weniger als 50 % der Stimmen bekommen.

Ja, der Osten ist blau geworden, aber auch hier im Westen hat die AfD deutlich zugenommen, 16 % in Nordrhein-Westfalen sind schon bedrückend. Ich will jetzt nicht von Gelsenkirchen alleine sprechen, aber überall dort, wo die sozialen Probleme in den Stadtteilen drücken, gewinnen die Extremen

Wenn Sie hier über die Brücke nach Oberkassel schauen, dort spielt die AfD, aber auch die Linke keine Rolle. Dort wohnen auch die wohlhabenden und auch reichen Menschen in Düsseldorf. In einem Stadtteil wie Reisholz oder Garath in Düsseldorf hat die AfD mit 30 % aber gepunktet.

Was haben diese Beschreibungen aber mit dem VdK zu tun?

Sehr viel:

In einem Stadtteil wie Oberkassel haben wir kaum Mitglieder, in ärmeren Stadtteilen wie Reisholz oder Garath in Düsseldorf aber umso mehr. Diese Beschreibung gilt im übrigen für das ganze Land. Überall dort wo sich die sozialen Probleme häufen, hat die AfD gewonnen.

Und wir können uns ja nicht einreden, dass ein gewisser Teil unserer Mitglieder diese Partei nicht gewählt hat.

Das bedeutet, eine solche politische Entwicklung kann auch bei uns als VdK nicht spurlos vorbeigehen.

Wir werden in den Gremien beraten müssen, wie wir künftig mit einer solchen extremen Partei umgehen. Letzten Dienstag in einer Sitzung unseres sozialpolitischen Ausschusses haben wir damit begonnen.

Wir haben einige Kritik aus der Basis erhalten, dass wir bei der Gegenüberstellung der Wahlprogramme die AfD ausgespart hatten. Es gab auch deswegen einige Austritte von Mitgliedern, leider.

Ja, das ist meine Meinung, wir müssen auch im VdK stärker lernen, argumentativ mit einer solchen Partei umzugehen. Ausgrenzen, indem wir eine Realität ignorieren, kann nicht die Lösung sein.

Und es steht in Nordrhein-Westfalen eine neue Wahl bevor, die Kommunalwahl im September und wir müssen uns deshalb auch mit dieser Frage beschäftigen.

Wir haben im letzten Jahr eine neue Satzung beschlossen, den VdK zukunftsfest aufgestellt. Dabei haben wir die Arbeitsteilung zwischen ehrenamtlichen Präsidium und hauptamtlichen Vorstand mit Herrn Zander, Herrn Ohm und Frau Dördelmann neu bestimmt.

Und wir haben vorausschauend, weil ich noch beim Thema AfD bin, in der neuen Satzung eine Grenzlinie für unseren Verband gesteckt: Es heißt dort:

„ Wir sind als Vdk parteipolitisch neutral.

Aber wir sind verpflichtet, durch Aufklärung unserer Mitglieder gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zu wirken und die freiheitliche demokratische Grundordnung zu verteidigen.

Diese Werte sehen wir durch Taten und Worte der AfD gefährdet, die für uns deshalb keine Partei ist wie alle anderen, sondern, die wir ablehnen.

Dies will ich an einem Beispiel klarmachen:

Ich rede jetzt nicht von der Forderung der AfD, aus NATO und EU auszutreten und den Holocaust als „Vogelschiss der Geschichte „ zu Dies ist schon Zumutung genug.

Nein, die Inklusion.

In Nordrhein-Westfalen leben fast 2 Millionen Menschen mit Behinderung. Als Vdk setzen wir uns für den Abbau von Barrieren, für ein inklusives Schulsystem und einen inklusiven Arbeitsmarkt ein.

Jetzt hat bei der Bundestagswahl eine Partei über 20 % der Stimmen erhalten, die Inklusion in ihrem Wahlprogramm mit keinem Wort erwähnt, deren prominente Vertreter Inklusion in Interviews als „ Ideologie“ abwerten und die in einer parlamentarischen Anfrage die Zahl der Menschen mit Behinderung mit Inzucht unter Migranten in Verbindung bringen.

Dafür fehlen die Worte. Inklusion ist für uns nicht verhandelbar, sondern ein Recht, für das der VdK seit mehr als 75 Jahren kämpft.

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ging es noch um die Vertretung der verwundeten Soldaten, der Kriegerwitwen und-Waisen.

Diese Gruppe hatte ja in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg kaum Rechte und der VdK konnte viel für die Kriegsoffer erreichen.

Wir gehen diesen Weg heute weiter und setzen uns für die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderung ein. Teilhabe ist ein Menschenrecht.

Wir werden im Dezember dieses Jahres zum zehnten Mal den VdK Preis für Menschen mit Behinderung in Beschäftigung und Ausbildung -vilmA- vergeben. Wir ehren damit Menschen, die sich durchgekämpft und sich fest im Arbeitsleben etabliert haben, mit besonderen Fähigkeiten und großer Willensstärke. Wir ehren auch damit die Arbeitgeber, die erkennen wie wertvoll behinderte Menschen im Arbeitsleben sein können.

Die Beratung von Menschen, die einen Schwerbehindertenausweis anstreben, ist Teil unseres Kerngeschäftes, der Hilfe in sozialrechtlichen Angelegenheiten.

Wir haben auch im vergangenen Jahr wieder viel erreicht.

Eine kleine Bilanz:

Der gesamte VdK NRW hat fast 20.000 Widerspruchs – und über 8000 Klageverfahren geführt und dabei mehr als 30 Millionen € an einmaligen und rund 2,8 Millionen € an monatlichen Nachzahlungen für seine Mitglieder erstreiten können.

Das ist eine eindrucksvolle Bilanz. Und ein Verdienst unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort, der ehrenamtlichen wie hauptamtlichen Mitarbeiter in den 43 Geschäftsstellen der Kreisverbände und den Rechtsabteilungen. Die gerade jetzt zu diesem Zeitpunkt kurz vor 12 Uhr bei der Arbeit sind und Menschen beraten. Vielen Dank für diese Arbeit und diese Leistung im Hauptamt, aber auch großen herzlichen Dank an die vielen Ehrenamtlichen in den Ortsverbänden und den Kreisverbänden

VdK, das ist zu übersetzen. K steht für Kümmerer. VdK : Verband der Kümmerer. Wir kümmern uns um die Menschen und versuchen zu helfen.

Wir haben jetzt 425.000 Mitglieder in NRW, im Bund mehr als 2,4 Millionen.

Wir haben insgesamt mehr Mitglieder als alle Parteien zusammen.

Woran liegt das? Wir sind die Kümmerer. Haben die Parteien gerade auch die der Mitte, diese Kümmerer-Funktion vernachlässigt? Ich glaube ja.

Wo sind denn noch die Kümmerer vor Ort? Warum wenden sich immer mehr Menschen ab und fühlen sich nicht mehr vertreten?

Die Parteien müssen sich Ihre Antworten selbst suchen, Sie könnten Rat bei uns finden.

Mit unserer Beratung stehen wir mitten im Leben sind nah bei den Menschen. Wir unterscheiden uns von den Behörden und Sozialversicherungen, die nicht mehr persönlich erreichbar sind. Auch nach Corona haben sich die Bürgerämter, Krankenkassen oder auch die Rentenversicherung bleibend ins Home-Office begeben. Keine persönlichen Termine mehr vor Ort. Alle sind nur über eine lange Warteschleife der Hotline oder nur noch digital erreichbar.

Dies ist auch ein Teil der Politikverdrossenheit, die durch Behörden und die Sozialversicherungen verursacht werden und der Glaubwürdigkeit von Politik schaden.

Wir haben zwar eine allumfassende Sozialgesetzgebung und inzwischen beim SGB 14 angelangt.

Das Regelwerk zu den Sozialleistungen wird allerdings immer detailschärfer und komplizierter. Wer kann sich darin noch zurechtfinden?

Schauen sie sich doch einmal die Bescheide, beispielsweise der Krankenkassen an. Im schlimmsten Juristendeutsch verfasst, ohne Empathie für die Antragsteller, die Kranken oder Pflegebedürftigen. Sie benötigen einen Übersetzer.

Und wir stellen vor Ort in den Beratungen in unseren Geschäftsstellen immer mehr fest: die Zahl der Ablehnungen nimmt zu. Besonders deutlich wird das bei den Krankenkassen. Anträge auf Heil – und Hilfsmittel wie Rollstühle oder Reha Leistungen für ältere Menschen werden sehr schnell abgelehnt. Kein Wunder, dass die Zahl der Rechtsbehelfe wie Widersprüche auch in diesem Bereich stark zunimmt.

Wir sind in unserer Beratung aber sehr entschieden. Wir beraten unsere Mitglieder kompetent, aber wir gehen nicht in jedem Fall in einen Widerspruch oder eine Klage, sondern nur, wenn es aussichtsreich ist.

Das wissen übrigens unsere Kontrahenten von der anderen Seite, beispielsweise die Versorgungsämter bei den Kommunen zu schätzen. Das sind auch nicht unsere Gegner, mehr unsere Partner, beispielsweise in Verfahren der Schwerbehinderung.

Und wir sind Partner bei den Sozialgerichten. Das weiß die Sozialgerichtsbarkeit zu schätzen. 300 unserer Mitglieder sind als ehrenamtliche Richter bei den Sozialgerichten tätig.

Meine Damen und Herren,  
Wie ist die sozialpolitische Ausgangslage jetzt nach den Wahlen?

Die Randbedingungen sind äußerst schwierig und unsicher:  
Die weltpolitische Lage gleicht einer Zeitenwende. Völkerrechtliche Regeln gelten bei den Großmächten nicht mehr.  
Europa und Deutschland brauchen viel mehr  
Verteidigungsanstrengungen. Wir werden pro Jahr zig Milliarden Euro mehr aufbringen müssen, die Schutzmacht USA fällt künftig aus.

Und die Wirtschaft in Deutschland. Kommt sie nochmals in Schwung und wann?

In der Industrie gehen massenweise gut dotierte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren, der Dienstleistungsbereich kann diesen Verlust nicht auffangen

Das alles wirkt sich nicht nur auf die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand aus. Die Einnahmen von Rentenversicherung und Krankenversicherung sind massiv betroffen.

Bei dieser Ausgangslage müssen wir auch im VdK unsere Forderungen in der Sozialpolitik an die Realität anpassen, nicht alleine an Wünschen orientieren.

Unser Forderungskatalog zur Wahl ist die eine Sache, in der langfristigen Zielrichtung ist dies auch alles richtig. Aber kurz – und mittelfristig leider vieles nicht umsetzbar.

„ Es gibt Zeiten, da ist die Bewahrung des Erreichten das Maximum des Erreichbaren“ sagte einmal Helmut Schmidt 1978 aufgrund der damaligen Wirtschaftskrise.

Es wäre ganz gut, wenn diese Erkenntnis auch in Berlin- Mitte ankommen würde, wo mitten im Regierungsviertel ja auch unser Bundesverband seinen Sitz hat.

Ich hab manchmal den Eindruck, die leben in einer „ Blase“ in Berlin. Mehr auf die Basis hören, nicht nur in der Politik, auch im VdK.

Ich merke unser Vorsitzender des Bundesausschusses in Berlin hört jetzt ganz aufmerksam zu. Aber er weiß ja auch, wie die Menschen vor Ort ticken in seinem Bundesland im Norden.

Ich will es kurz an drei Positionen in der Sozialpolitik verdeutlichen, der Rente, Gesundheit und Pflege:

Thema Rente.

Wir haben in unserem Forderungspapier ein Rentenniveau von 53 % stehen.

Ein solches Niveau ist nur zu erreichen bei einem lang anhaltendem Wirtschaftsaufschwung und bei gleichzeitig weiter steigenden Belastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Wir brauchen allerdings jetzt Sicherheit bei den Renten. Und daher muss zumindest noch in diesem Jahr eine Absicherung auf den derzeitigen Stand von 48 % kommen, da ansonsten das Rentenniveau bis 2030 auf 44 % fallen würde. Für uns als VdK unvorstellbar, für von Wirtschaftsverbänden hofierte und dotierte Professoren offenbar gar kein Problem.

Wir hoffen die neue Koalition einigt sich ganz schnell und das Gesetz kommt in diesem Jahr. Und was die Regelaltersgrenze mit 67 betrifft. Die ist für uns vom VdK unverhandelbar.

Die Forderung die Grenze über 67 zu erhöhen, kommt doch von den Experten, die nicht Wind und Wetter ausgesetzt sind, sondern im Winter in einem warmen und im Sommer in einem gekühlten Büro sitzen.

Wir wissen aus unseren Beratungen, dass die Grenze derzeit von 66 für viele Arbeitnehmer schon nicht erreichbar ist, sie gerade deshalb

Mitglied bei uns werden und einen Antrag auf Schwerbehinderung stellen.

Nächstes Thema versicherungsfremde Leistungen: Kindererziehung, Mutterschutz, etc. Rund 25 Milliarden € müssten der Rentenversicherung aus Steuermitteln mehr zugeführt werden.

Langfristig ist das Problem der Rente schon gar nicht nicht gelöst und das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit geht verloren.

Wir sagen im VdK : Rente für alle.

Wir meinen damit natürlich nicht dass alle auch die Renten beziehen sollen, die bisher nichts eingezahlt haben. Sondern alle sollen in die Rentenversicherung einbezogen werden und einzahlen.

Und Glaubwürdigkeit würde bedeuten: das vor allem diejenigen, die in Berlin die Rentengesetze beschließen auch in die Rentenversicherung einzahlen. Oder zumindest das Modell aus dem Landtag nebenan übernehmen, dass die Abgeordneten ihre Altersversorgung selbst aus ihren versteuerten Bezügen leisten. Erst wenn Politiker einmal selbst betroffen sind, werden sie die Probleme der Rentenversicherung und die Sorgen von Rentnern auch nachvollziehen können.

Thema Gesundheit und Krankenkassen:

Die gesetzliche Krankenversicherung schlägt Alarm: Beitragsdefizit 6 Milliarden im letzten Jahr und für dieses Jahr werden 5 Milliarden Defizit trotz massiver Erhöhung der Zusatzbeiträge erwartet. Die Chefin des GKV- Bundesverbandes fordert bereits einen Ausgabenstop von der neuen Regierung.

Auch hier ist das gleiche Problem wie bei der Rentenversicherung: versicherungsfremde Leistungen werden nicht durch Steuer - Zuschüsse ausgeglichen, es handelt sich um fast 40 Milliarden €.

Vom noch derzeitigen Gesundheitsminister gab es in dieser Hinsicht keinerlei Aktivitäten. Bezeichnend ist ja auch, dass die Ampel rund 120 -auch kleinteilige - Reformansätze verfolgte. Knapp 30 hat der Minister

umgesetzt in drei Jahren. Bei seinem Tempo hätte er also zwölf Jahre gebraucht. Vielleicht hat er auch zu viel Zeit in Talkshows verbracht, um das für die Ampel so wichtige Cannabis Projekt voranzutreiben.

Wenigstens die Krankenhausreform ist noch verabschiedet worden. Die Zielrichtung unterstützen wir: Konzentration auf leistungsfähige Krankenhäuser, aber gleichzeitige Erreichbarkeit für die Menschen in der Basisversorgung und im Notfall.

Allerdings hat diese Reform eine gewaltige Schlagseite : die Kosten des sogenannten Transformationfonds von jeweils 25 Milliarden müssen die Länder und die gesetzliche Krankenversicherung tragen.

Die Länder, für ihren Teil, das ist richtig. Im Rahmen der geltenden dualen Finanzierung haben die Länder die Investitionskosten zu tragen. Aber der zweite Teil der 25 Milliarden müsste schon der Bund mit Steuermitteln übernehmen.

Und was gar nicht geht, ist nur die gesetzliche Krankenversicherung zu belasten. Und die PKV – die private Krankenversicherung – soll außen vor bleiben.

Wir prüfen im VdK, ob wir gegen diese Benachteiligung der gesetzlichen Krankenversicherung Klage erheben.

Zum Thema Pflege:

Gleiches Problem wie bei der Renten- und der Krankenversicherung, Gesamtgesellschaftliche Leistungen, wie beispielsweise die Rentenversicherung von Pflegepersonen – rund 10 Milliarden – werden alleine von der Pflegeversicherung finanziert.

In der Pflegeversicherung haben wir allerdings noch ein viel größeres Problem als in der GKV.

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen nimmt in den nächsten Jahren rasant zu: wo sind die zusätzlichen Plätze in der stationären Pflege und wo sind die zusätzlichen Pflegekräfte, die Menschen sowohl in den Heimen als auch in der ambulanten Pflege betreuen?

Nur 15-20 % der Pflegebedürftigen wird stationär versorgt, der Rest ambulant und am meisten von den Familienangehörigen, und ja meistens von den Frauen.

Diese Relation 15- 20 % ambulant -darf nicht in Richtung stationär verschoben werden, sondern dann gerät die Statik total durcheinander und das Pflegeproblem wird unlösbar.

Wir können jetzt schon nicht genügend neue Heimplätze schaffen:

In Düsseldorf werden derzeit keine neuen Einrichtungen gebaut. Die Grundstücke sind viel zu teuer, das Bauen ist zu teuer. Die Träger der Wohlfahrtspflege nehmen Abstand von neuen Einrichtungen.

Hier müssen sich die Städte und Gemeinden stärker engagieren. Dort liegt die Verantwortung für die Infrastruktur. Die Grundstücke sollten den Trägern kostenlos überlassen werden, sonst geht die Rechnung nicht mehr auf.

Ich bin nebenbei auch als Ombudsmann bei dem medizinischen Dienst der Knappschaft tätig. Wie übrigens auch Günter Garbrecht, den ich herzlich begrüße, Ombudsmann MD Westfalen. Neben Heil- und Hilfsmitteln bei der Krankenkasse betreffen zwei Drittel meiner Fälle, die Pflege und die Begutachtung und wie wissen genau wo der Schuh drückt.

Uns rufen die Versicherten und meistens die Angehörigen an und bitten um Unterstützung. Wir sind jedenfalls erreichbar und helfen, soweit es geht der Menschen.

Ähnliche Erfahrungen machen wir ja auch beim VdK; bei unserem Kreisverband in Düsseldorf haben wir sogenannte Pflege Scouts tätig, die die Pflegebedürftigen zu Hause aufsuchen und beim Besuch des medizinischen Dienstes anwesend sind.

Andere Kreisverbände möchten in diesem Bereich auch stärker aktiv werden und unser Initiator in Düsseldorf, Norbert Zielonka, berät dazu gerne.

Wir können dabei viel helfen und auch Dinge in die richtige Richtung bringen.

Aber ein leidiges Fazit ist: die Bürokratie in der Pflege hat überhand genommen. Man hat ja manchmal den Eindruck, dass die Dokumentationspflichten wichtiger sind als die Zuwendung den Menschen gegenüber. Hier muss Einhalt geboten werden.

Ich sag mal zwei Beispiele:

Nach der Begutachtung erhalten die Pflegebedürftigen wenige Tage danach einen Bescheid der Pflegekasse mit einem angehängten Gutachten des medizinischen Dienstes: mehr als 20 Seiten, die meisten Menschen können die Einstufung in die sechs Module und die verschiedensten Kategorien kaum nachvollziehen. Eine Wissenschaft für sich.

Werden die Menschen bei einer Erstbegutachtung zunächst in den Pflegegrad 1 eingruppiert, haben Sie noch keinen Anspruch auf Pflegegeld.

Aber sie hätten einen Anspruch auf den so genannten Entlastungsbetrag, dieses Jahr erhöht auf 131 €.

An dieser Stelle will ich einmal unseren Minister Karl-Josef Laumann kräftig loben.

Der Bundesgesetzgeber hat nämlich die unsinnige Regelung eingeführt, dass jedes Bundesland eigenständig die Voraussetzungen für den Erhalt des Entlastungsbetrages löst.

Ich kann schildern, was das bedeutet: Verwirrung.

16 verschiedene Regelungen – der Föderalismus treibt seine Blüten.

Karl-Josef Laumann hat es einfach gelöst, die Menschen, die in der Nachbarschaftshilfe für den Pflegebedürftigen tätig sind, müssen nur angeben: Kenntnis genommen von einer Broschüre, die im Netz steht..

Andere Länder verlangen noch eine Hygieneprüfung, einen sachkundigen Nachweis über einen absolvierten Kurs und so weiter.

Es geht dabei doch nur, dass Menschen beim Putzen, Kochen oder beim Einkaufen helfen. Warum diese bürokratischen Regelungen und warum dieses Misstrauen gegenüber helfenden Menschen?

Und was ist die Folge?

Die meisten Pflegebedürftigen – gerade im Pflegegrad 1- nehmen diese 131 € Entlastung gar nicht in Anspruch. Ist natürlich auch ein Beitrag zur Kosteneinsparung, aber zulasten der Pflegebedürftigen.

Zur Finanzierung der Pflege wäre noch viel zu sagen:

In Nordrhein-Westfalen im stationären Bereich, die höchsten Eigenanteile, bis zu 3000 € im Monat.

Zu Beginn dieses Jahres wurden die Beiträge für die Pflegeversicherung zulasten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern schon erhöht. In diesem Jahr steht das nächste Defizit vor der Tür.

Die neue Koalition und ein neuer Gesundheitsminister muss sich intensiv dem Thema Pflege widmen:

Das war jetzt drei Jahre eine leere Baustelle, dringend sind Maßnahmen nötig. Wir vom VdK fordern eine umfassende Pflegereform und ganz besonders müssen die pflegenden Angehörigen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Bleibt zum Schluss die Hoffnung auf baldige gute Koalitions-Ergebnisse, auch in der Sozialpolitik. Und Hoffnung auf eine Regierung, die sich nicht im Streit erschöpft, sondern die tatsächlichen Probleme angeht.

Stillstand und ein bequemes „Weiter so“ kann sich die Bundesrepublik nicht mehr leisten.

Der VdK – als starker Verband mitten in der Gesellschaft verankert – wird ein fairer und verlässlicher Partner bleiben.

Ja, und wo das ganze Geld herkommen soll, die vielen Milliarden zusätzlich, von 800 Milliarden ist inzwischen die Rede, Sondervermögen Verteidigung, Sondervermögen Infrastruktur, Schuldenbremse, die Antwort auf diese Frage hat gleich Herr Professor Südekum.

Herzlichen Dank und Glück auf

